UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES AUG 1 1955 LIBRARY

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro GM. b. H.

Das Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Sonnabend, 1. August	Nr. 1007

Oberst Lindbergh auf der Deutschlandschau.

Berlin, 31. Juli. Am Freitag besuchten Oberst Lindbergh und Frau in Begleitung des amerikanischen Militär- und Luftattachés, Major Smith, und Dr. Freiherr von Koepwelle von der Attachégruppe des Reichsluftfahrtministeriums die Ausstellung „Deutschland".

Nach eingehender Besichtigung aller Abteilungen dieser Schau besuchte Oberst Lindbergh das Lager des Reichsarbeitsdienstes in der Ausstellung und äußerte sich sehr anerkennend über das Gesehene.

Die Professoren der Lufttechnischen Akademie verpflichtet.

Berlin, 31. Juli. Die Lufttechnische Akademie, Berlin-Gatow, die militärwissenschaftliche Hochschule für die Ausbildung der höheren technischen Offiziere der Luftwaffe, konnte in diesen Tagen eine besondere Feier begehen. In Gegenwart von Vertretern des Reichsluftfahrtministeriums, des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung sowie des Stabes, der Lehrgangsteilnehmer und Assistenten der Lufttechnischen Akademie, überreichte der Kommandeur der Akademie, Generalleutnant Karlewitz, den Dozenten: Dr. ing. Walter Barteils, Dr. ing. Otto Holfelder, Dr. ing. Franz Moeller, Dr. phil. Martin Mäder, Dr. ing. Adolf Sambraus und Dr. phil. Paul Utecht, die vom Führer und Reichskanzler sowie vom preußischen Ministerpräsidenten unterzeichneten Urkunden ihrer Ernennung zu ordentlichen Professoren.

In feierlicher Ansprache verpflichtete der Kommandeur sie, ihre Tätigkeit im Sinne des Führers und durch Erfüllung der ihnen von Luftwaffe und Wissenschaft gestellten Aufgaben auszuüben.

Dr. Hans Kroll zum Botschaftsrat ernannt.

Berlin, 31. Juli. Der Führer und Reichskanzler hat Legationsrat Dr. Hans Kroll zum Botschaftsrat bei der deutschen Botschaft in Ankara ernannt.

Abschied von den Tanzwettspielen.

Berlin, 31. Juli. Am Freitag abend versammelten sich die Teilnehmer an den „Internationalen Tanzwettspielen" noch einmal in der Volksbühne am Horst Wesselplatz. Von einer Rangverteilung hatte man abgesehen, sodaß nicht entschieden wurde, wer offiziell der beste war. Jeder bekam ein Diplom und eine Plakette. Als eigentlicher Sinn dieser „Internationalen Tanzwettspiele" stellte sich heraus, daß die Tänzer möglichst aller Kulturländer und das tanzinteressierte Publikum mit seinen Olympiagästen aus aller Welt einen Einblick in den gegenwärtigen Zustand des Tanzes erhielten, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine entscheidende Wandlung und einen bedeutsamen Fortschritt gemacht hat.

Eine besondere Ehrung der Besten wurde noch vorgenommen. Sie wurden auf die Bühne gebeten, und erhielten von der Jury einen besonderen Dankesbrief.

Es sind dies: Jinka Buczynska, Polen, A. Doroma, Spanien, Dorothee Günther, Deutschland, Rudolf Kölling, Deutschland, Harald Kreutzberg, Deutschland, Lizzie Maudrick, Deutschland, Menafa mit Shankar und Ranarayan, Indien, Palucca, Deutschland, Felix Parnell, Polen, Mary Wigman, Deutschland.

Syndikus Dr. Lange erklärte dann die „Internationalen Tanzwettspiele Berlin 1936" für beendet. Sie fanden Freitag nacht einen zwanglosen Ausklang im Kaiserlaal des „Zoo".

Der brasilianische Schulschiffbesuch in Hamburg.

Hamburg, 1. August. Anläßlich des Besuches des brasilianischen Schulschiffes „Almirante Saldanha" in Hamburg gab der Latein-Amerikanische Verein Hamburg-Bremen e. V. am Freitag im Ublenhorster Fährhaus einen Gesellschaftsabend, an welchem außer der am Handel mit Brasilien beteiligten Wirtschaftskreise Vertreter des Staates und der Partei, der Behörden, der Wissenschaft und des Konsularkorps in Hamburg mit ihren Damen teilnahmen. Der Kommandant des Schulschiffes, Fregattenkapitän Dutra, wurde mit seinen Offizieren und Kadetten von dem Vorsitzenden des Latein-Amerikanischen Vereins, Praeses h. v. Huebbe, herzlich begrüßt.

Nach einem Hoch auf Brasilien und seinen Präsidenten wurde die brasilianische Nationalhymne gespielt. Dann hielt Fregattenkapitän Dutra eine Ansprache, in der er für die herzliche Aufnahme in Hamburg dankte. Die Lieder der deutschen Nation bildeten den Ausklang des offiziellen Teiles des Abends. Angeregter Gedankenaustausch und frohe Geselligkeit hielten Gastgeber und Gäste noch längere Zeit zusammen.

Wichtig für den Weinbau.

Berlin, 31. Juli. Mit Rücksicht auf die besonderen Witterungsverhältnisse dieses Sommers und das dadurch bedingte später und starke Auftreten des Sauerwurms haben der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und der Reichsminister des Innern für dieses Jahr ausnahmsweise die Frist für die Anwendung arsenhaltiger Spritzbrühen über den 31. Juli hinaus bis zum 8. August einschließlich verlängert. Damit ist den Winzern die Möglichkeit gegeben, zur Bekämpfung des Sauerwurms bis zum Ablauf des 8. August 1936 arsenhaltige Spritzbrühen anzuwenden. Im übrigen werden die gesetzlichen Vorschriften durch diese Regelung nicht berührt.

Außenpolitische Aussprache in der französischen Kammer.

Paris, 31. Juli. Nachdem sich die französische Kammer am Freitag vormittag mit der Schaffung eines Getreidemarktes und der Gesetzesvorlage über Festsetzung des Getreidepreises beschäftigt hatte, standen in der Nachmittagssitzung außenpolitische Fragen auf der Tagesordnung. Dabei nahm Paul Reynaud zu der von Ministerpräsident Léon Blum am 1. Juli in Genf abgegebenen Erklärung Stellung, in der dieser betont hatte, daß Frankreich sein Wort halten werde, um die kollektive Sicherheit zur Wirklichkeit werden zu lassen, und sogar einen etwaigen Krieg hinnehmen würde, um den Frieden zu retten. Es werde in Europa keinen Frieden geben, so sagte Reynaud unter Beifall, solange Frankreich und Deutschland nicht einig seien.

Der Redner ging dann auf den französisch-sowjetrussischen Pakt ein, aus dem Frankreich leider nicht den vollen Gewinn ziehe. Erst wenn die französische Regierung im eigenen Lande die notwendige Ordnung hergestellt habe, werde sie aus dem französisch-sowjetrussischen Abkommen den vollen Gewinn ziehen können.

Paul Reynaud stellte weiter fest, daß Frankreich seit September 1932 mehr als 40 Milliarden Franken Gold verloren habe. Zum Schluß seiner Rede erklärte Reynaud, daß die gegenwärtige Regierung in Frankreich eine Klassenregierung sei. Sie müsse die Regierung der Nation werden.

Nach ihm sprach der radikalsozialistische Abgeordnete **Gergaux**. Der Irrtum des Völkerbundes, so führte er aus, sei der, daß er nicht die Notwendigkeit einer Evolution einsehe und sich auf die Beibehaltung des status quo versteife. Es liege kein Grund dafür vor, seine Aufrichtigkeit anzuzweifeln, denn die Lage des Reiches bessere sich ständig. Frankreich und Deutschland müßten sich auf dem Wege direkter Besprechungen über eine Zusammenarbeit einigen.

Nachdem noch die Abgeordneten **Peri** und **Bergery** gesprochen hatten, wurde auf Verlangen von Außenminister Delbos die Fortsetzung der Aussprache auf 22 Uhr vertagt.

In der Nachtsitzung gab Außenminister **Delbos** dann eine längere Erklärung ab. Die Londoner Verhandlungen hätten für ganz Europa Gründe zum Vertrauen erbracht. Sie hätten die Gemeinschaft der friedlichen und freien Nationen bestätigt, die entschlossen seien, Frieden und Freiheit zu verteidigen. Die Frankreich gegenüber eingegangenen Verpflichtungen blieben unverbricht. Frankreich habe nicht vergessen, was es seiner Sicherheit schuldig sei. Ohne daß es auf eines seiner Rechte verzichte, wolle es nicht auf einer negativen Haltung beharren und habe deshalb alle Möglichkeiten einer Verständigung und einer Verständigung angeboten und seinen gemeinsamen Willen für eine allgemeine europäische Regelung zum Ausdruck gebracht. Jede Sonderbesprechung von einer Macht zur anderen bringe die Gefahr mit sich, die Befürchtungen Dritter wachzurufen. Aus diesem Grunde hätten England, Belgien und Frankreich die anderen interessierten Mächte benachrichtigt, woraus sich ergebe, daß die Eingerschließung der Bande nicht als eine Koalition von Privatinteressen ausgelegt werden könne.

Die Politik der Regierung wolle verbindern, daß Europa in zwei isolierte Blocks zerfalle. Frankreich werde nicht in die Innenpolitik der anderen Länder eingreifen. Es wolle den Frieden. Die Regierung Ländern ohne Rücksicht auf ihre inneres Regime. Es lehne die Regionalpakte ab, die nach seiner Ansicht zum Kriege führen würden. Es bleibe der kollektiven Sicherheit zugetan, die die unbedingte Voraussetzung für die Wahrung des Friedens sei.

Der Locarnomkunft die Locarnomächte müsse eine eingehende diplomatische Vorbereitung voraussgehen. Diese Zusammenkunft solle zuerst zu einem neuen Pakt führen, der den von Locarno ersetzen werde, dann zur allgemeinen europäischen Regelung, zu der auch die anderen Mächte eingeladen werden sollten. Die Konferenz der fünf Mächte werde kein Direktorium sein. Die kleinen Staaten müßten Stimme im Rat haben. Die in der Verlautbarung von London nacheinander aufgezählten Etappen bedeuteten weder Ausschluß noch Verzicht.

Delbos gab dann unter Beifall des Hauses bekannt, daß Deutschland und Italien an der Konferenz teilnehmen würden.

Frankreich fordere nichts, es habe den tiefen Wunsch, in Frieden mit seinem Nachbarn im Osten zu leben. Die Grenzen seien endlich stabilisiert. Das sei eine bedeutsame Tatsache. Aber die „Verletzung" des Paktes von Locarno und die Militarisierung der entmilitarisierten Zone seien wichtige Ereignisse, die nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa interessierten. Sei es da ungerechtfertigt, wenn die verschiedenen Auffassungen wirklich unüberbrückbar seien? Es liege jedenfalls nicht im Interesse Frankreichs, daß sich Deutschland außerhalb der europäischen Gemeinschaft stelle.

Außenminister Delbos verzeichnete dann mit Befriedigung die in Montreux zustande gekommene Regelung der Dardanellen-Frage, berührte kurz das deutsch-österreichische Abkommen und die diesbezüglich Angelegenheit und kam darauf auf die Ereignisse in Spanien zu sprechen. Die spanische Regierung sei Frankreich befreundet. Die Freundschaft Spaniens sei für Frankreich besonders wertvoll. Die Ereignisse in Spanien bildeten den Anlaß zu Angriffen gegen die französische Regierung. Man habe sie beschuldigt, Waffen an die spanische Regierung geliefert zu haben. Sie hätte dies tun können, denn es handele sich um eine rechtmäßige Regierung. Sie habe es aber nicht getan, aus Gründen der Doktrin und der Menschlichkeit und auch, um nicht denen einen Vorwand zu liefern, die die Nationalisten unterstützen möchten.

Am Schluß seiner Rede führte Delbos aus, die Regierung sei entschlossen, eine neue Anstrengung zu machen, um die allgemeine Wirtschaft zu bessern. Es bleibe die Frage der beunruhigenden Beschleunigung der Rüstungen. Die Ueberraschungen, die dies mit sich bringen könne, schaffen in Europa eine Stimmung, die vom Frieden weit entfernt sei. Frankreich habe die Aufrichtigkeit seiner Absichten bewiesen. In diesem Geist appelliere es an die Solidarität der anderen Länder.

Nach der Rede Delbos fragte der Abgeordnete **Dommange**, ob man der spanischen Regierung Munition zur Verfügung gestellt habe. Der Außenminister habe zwar zunächst die Dementis bestätigt, die er vor den Ausschüssen abgegeben habe, aber er habe hinzugefügt, daß diese Lieferungen nur deshalb nicht erfolgten, um nicht anderen einen Vorwand zu geben, selbst Waffen zu senden. Leider habe eine Reihe von Ereignissen die Auffassung entstehen lassen können, daß sich die französische Regierung einmischen wolle, da ihre Handlungen nicht immer im Einklang mit ihren Erklärungen stünden.

Die Regierung sei so lange stumm über ihre Haltung gegenüber Madrid geblieben und laufe somit Gefahr, den Vorwand für eine Einmischung zu geben, die sie anderseits selbst ablehne.

Dommange führte dabei Zeitungsnachrichten über die Ankunft zweier spanischer Flieger in Paris, die Ankunft mehrerer spanischer Schiffe in französischen Häfen, die Waffen hätten holen sollen, sowie die Angelegenheit der französischen Potez-Flugzeuge und über das Eintreffen spanischer Goldtransporte in Paris an und schloß, in diesen Tagen habe man in einer zweideutigen Atmosphäre gelebt. Man habe versichert, daß es sich um frühere Aufträge handle, aber das sei mindestens teilweise falsch, denn Aufträge seien auf telegraphischem Wege erfolgt.

Außenminister Delbos ruft dazwischen: Die Regierung hat keine Sendung erlaubt.

Abgeordneter Dommange fragte dann, ob die Regierung sich über die Anwesenheit von Flugzeugen auf dem Flugplatz Mondefir aussprechen wolle. Seien dort Flugzeuge startfertig gemacht worden? Haben Verhandlungen mit dem spanischen Botschafter stattgefunden? (Proteste links.)

Zum Schluß fragte Abgeordneter Dommange, warum ein amerikanisches Flugzeug, das Eigentum Frankreichs sei, nach Spanien geschickt worden sei. Wolle die Regierung behaupten, daß sie nicht bereit gewesen sei, Waffen nach Spanien zu liefern? Auch vom rechtlichen Standpunkt lasse sich das Eingreifen nicht so leicht rechtfertigen, wie dies der Außenminister zu glauben scheine.

Jeder sei bei sich Herr im Hause. Der Friede wäre ernstlich bedroht, wenn zwischen den Mächten, die Waffen lieferten, Zwischenfälle entständen. Frankreich dürfe nicht der Kanonenlieferant sein und auch nicht diesen Eindruck erwecken. Wenn General Franco siege, würde die nicht gerade freundliche Stellung der Generale Franco und Mola gegenüber nur noch verstärkt werden. Die ganze Welt wisse, daß diese beiden Generäle gegen den Versuch der Sowjetisierung kämpften.

Bei dieser Gelegenheit erhob Kammerpräsident **Herriot** Einspruch und erklärte, es sei seine Pflicht, keinerlei Angriffe und Verdächtigungen gegen eine regelrechte ausländische Regierung zuzulassen.

Der Abgeordnete **Delzangles** setzte sich ebenfalls für die Neutralität Frankreichs ein; in Spanien herrsche die Anarchie. Neben einer gesetzmäßigen Regierung gebe es mehrere tatsächliche Regierungen.

Als Abschluß der außenpolitischen Aussprache brachten die Abgeordneten der Volksfrontmehrheit eine Entschließung ein, die mit 379 gegen 200 Stimmen angenommen wurde.

Die Kammer billigt danach die Erklärungen der Regierung. Sie hat zu ihr das Vertrauen, daß sie den Weltfrieden und die Sicherheit Frankreichs verteidigt. Sie lehnt jeden weiteren Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.

Der stellvertretende Arbeitsminister von Neuseeland †.

London, 31. Juli. Wie aus Portland (Neuseeland) gemeldet wird kam der stellvertretende Minister für öffentliche Arbeiten, Norman Mackenzie, am Freitag auf tragische Weise ums Leben. Er wurde in einem hölzernen Landhäuschen im Schlaf vom Feuer überrascht und verbrannte bei lebendigem Leibe.

Neue Regierung „auf sehr breiter Grundlage" in Katalonien

Paris, 31. Juli Der Präsident von Katalonien, Companys, bestätigte am Freitag die Gerüchte von einer Erweiterung der bisherigen katalanischen Regierung.

Der Präsident des katalanischen Parlaments Juan Casanovas habe die Neubildung der Regierung übernommen, die der augenblicklichen Lage angepaßt sein solle und auf sehr breiter Grundlage stehen werde. Der Ministerpräsident werde gesetzgeberische Vollmachten erhalten.

Luftkampf bei Granada.

Lissabon, 31. Juli. Der Sender von Granada meldet, daß diese Stadt am Freitag von zwei Flugzeugen der Madrider Regierung mit Bomben belegt worden sei. Schaden sei jedoch nicht angerichtet worden. Jagdflugzeugen der Nationalisten sei es gelungen, bei der Verfolgung ein Flugzeug der Linksregierung abzuschießen.

Ueber die Kämpfe im Guadarrama-Gebirge wird berichtet, daß es den Truppen General Molas gelungen sei, rote Militzabteilungen zurückzuschlagen und dabei mehrere Mörser und Maschinengewehre zu erbeuten.

Meldungen, die von einer Eroberung der Stadt Badajoz durch die Nationalisten wissen wollen, werden von der nahen portugiesischen Grenze bisher nicht bestätigt.

In Porto ist ein englischer Zerstörer eingetroffen, der 130 Flüchtlinge aus Vigo und Ferrol, darunter 6 Deutsche, an Land setzte. Sie wurden vom deutschen Konsul und Vertretern der Partei und der Deutschen Kolonie empfangen.

„Tötet Eure Offiziere!"

Paris, 31. Juli. Die Madrider Regierung teilt mit, daß in Navalperal in der Provinz Avila heftige Kämpfe zwischen Regierungstruppen und den Nationalisten stattgefunden hätten. Die Nationalisten seien in die Flucht geschlagen worden und hätten 63 Tote sowie zahlreiche Verwundete und bedeutendes Kriegsmaterial zurückgelassen.

In den frühen Morgenstunden des Freitag hätten Regierungsflugzeuge die Stellungen der Nationalisten überflogen und Flugblätter abgeworfen, in denen die Soldaten aufgefordert werden, sich den Regierungstruppen anzuschließen. Wenn sich die Offiziere widersetzen sollten, sollten sie sie töten. Nur auf diese Art würden sie ihre Pflicht tun.

Die englisch-sowjetrussischen Flottenbesprechungen.

London, 31. Juli. Wie verlautet, ist eine Inhaltsangabe des Ergebnisses der englisch-sowjetrussischen Flottenbesprechungen allen interessierten Mächten übermittelt worden. Das Uebereinkommen beruht nach den britischer Seite gemachten Mitteilungen auf den Grundsätzen der qualitativen Begrenzung der Flottenbauten, wie sie im Londoner Flottenvertrag vom März vorgesehen sind. Es sei selbstverständlich beabsichtigt, die Vereinbarungen in irgendeiner Form zu einem zweiseitigen Pakt zwischen Großbritannien und Sowjetrußland auszugestalten. Es müsse jedoch eine gewisse Zeit verstreichen, bis das geschehen könne, da den anderen interessierten Regierungen Zeit gelassen werden müsse, das Abkommen zu erwägen.

Verantwortlich: Kurt Schmarkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.